

Kommunismus unter Denkmalschutz? Denkmalpflege als historische Aufklärung

Veranstalter: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM); Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam (ZZF)

Datum, Ort: 26.10.2017–27.10.2017, Berlin

Bericht von: Bettina Altendorf, Historisch-politische Bildung, BStU

Die Zitadelle Spandau bot einen ausgezeichneten Rahmen für die mit rund 150 Teilnehmern sehr gut besuchte Tagung, in deren Verlauf Dank freimütiger Diskussionen sogar der Titelteil „Kommunismus“ und der Begriff „kommunistische Denkmäler“ kritisch gewürdigt wurden. Nach sehr freundlicher Begrüßung durch drei für Tagungsort und Veranstalter zuständige Behördenvertreter aus Spandau und Brandenburg folgten erwartungsgemäß intensive Vorträge und Diskussionen. Als besonderen Service führte die vormalige Leiterin der Zitadelle Dr. Theissen die Teilnehmenden durch ihre Ausstellung „Enthüllt“ und erläuterte unter anderem am Objekt, gegen wie viele Widerstände sie angehen musste, um den Kopf des Lenindenkmals vom vormaligen Leninplatz für die Ausstellung zu bekommen.

Als Mitveranstalter und Landeskonservator ergriff bei den Fachvorträgen zuerst THOMAS DRACHENBERG (Zossen) das Wort. Er betonte, dass die Kriterien für die Aufnahme in die Denkmalliste seit fast 200 Jahren bewährt seien. Die Aufgaben der Denkmalpflege seien zuallererst die Inventarisierung vorhandener Denkmäler, die Bewahrung der auf der Liste vermerkten Kulturgüter und die Feststellung oder Überprüfung des denkmalwürdigen Wertes eines Objektes. Dieser Wert aber sei mitnichten durch persönliche Meinungen oder die historische Bedeutung eines Dargestellten begründet, sondern richte sich nach der künstlerischen Qualität und/oder der Bedeutung eines Bauwerkes als besonderem Produkt seiner Zeit. Der Umgang hänge dagegen von den aktuellen Bedingungen ab. Als Beispiel erläuterte Drachenberg das Legenden umrankte Panzerdenkmal von Zehlendorf, das von der Sowjetunion 1945 als Symbol des Sieges der Roten Armee über NS-

Deutschland gesetzt, 1954 versetzt und mit einem T 34-Panzer statt des vorherigen Panzers IS (Josef Stalin) bestückt, 1969 wiederum umgebaut und umgewidmet worden war. Mit der Entfernung des Panzers durch die Sowjetunion 1990 verfiel zunächst auch der Platz auf der Denkmalliste, 1992 aber geriet eine rosa-rot gestrichene Schneefräse auf den verwaisten Sockel und so wurde dieses heute von einem Verein betreute, neueste Objekt am alten Ort als symbolträchtiges Kunstwerk erneut auf die Denkmalliste genommen.

JÜRGEN DANYEL (Potsdam) thematisierte Veränderungen von Denkmälern und ihren Bedeutungen. Er stellte eine Form der Aneignung ursprünglich anders gedachter Denkmäler durch eine veränderte gesellschaftliche Haltung anhand des rosa gestrichenen Panzerdenkmals in Prag vor. Ein anderer Umgang mit heute ungeliebten Denkmälern sei das Sammeln all dieser Denkmäler an einem Ort, um das dereinst Heroische durch ihre schiere Menge und Serialität zu dekonstruieren: der „Saurierpark“ in Budapest oder der Skulpturengarten in Sofia seien dafür Beispiele, oder – in verkleinerter Form – die Serie mit Büsten politischer DDR-Ikonen im Eingangsbereich der DDR-Alltags-Ausstellung in der Berliner Kulturbrauerei. Doch auch Phänomene des „Sündenstolzes“, mit dem sich Orte einen Imagegewinn aus der Auseinandersetzung mit den Schattenseiten ihrer Geschichte versprechen sowie eine verbreitete „Lust an Vergangenheit aus Mangel an Zukunftsperspektive“ beeinflussen inzwischen auch den Umgang mit kommunistischen Denkmälern. Eine letzte Art des Umgangs sei das unmerkliche Verschwinden und das Verfallen-lassen.

Über den polnischen Umgang mit ungeliebten Denkmälern informierte KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ (Wroclaw). Er verwies auf das seit Sommer 2017 neue Gesetz, das jegliche öffentliche Ehrung totalitärer Regime und ihrer Ideen in Polen verbiete. Dies beträfe gleichermaßen Denkmäler wie auch Straßen- oder Platznamen, Gedenktafeln oder Widmungen. Ausgenommen von dem Verbot seien allein Friedhöfe, auf denen etwa Gefallenengedenksteine stehen. Zuständig für die Überprüfung der gesetzlichen Auflagen ist die polnische Aufarbeitungsorganisation des Nationalen Gedächtnisses (IPN), die nun an

die rund 640 Objekte zu überprüfen hat. Stellt sie fest, dass ein Objekt, ein Name, eine Widmung oder sonstige Ehrung dem Gesetz widerspricht, muss die Würdigung innerhalb eines Jahres entfernt werden, wobei der Staat für die Kosten aufkommt. Dies sei, so Ruchniewicz, eine Kultur der politischen Rache und eine Degradierung des öffentlichen Raumes. Zumal die Behauptung, erst die PiS-Partei nähme sich der Thematik an, schlicht nicht stimme. 1989 bis 1993 seien bereits die meisten sozialistisch motivierten Denkmäler entfernt worden. Und, so führte er zur Überraschung der meisten Zuhörer weiter aus, es gab immer auch heimliche, antikommunistische Denkmäler: so genannte Katyn-Kränze auf Friedhöfen, Totengedenken und Gedenktafeln in Kirchen, die sich dem staatlichen Zugriff entweder entzogen oder trotz ihrer stets schnellen Entfernung dennoch im kollektiven Gedächtnis präsent waren. Die Ironie der Geschichte, so Ruchniewicz, sei dabei, dass alle Bemühungen um rigorose Denkmalsentfernungen und Straßenumbenennungen der sozialistischen Ära banal seien, solange sich mitten in Warschau ein riesiger Kulturpalast erhebe, der mit jedem Stein seiner Architektur von seiner Herkunft aus eben jener Zeit künde.

Das nächste Panel eröffnete LEONIE BELERSDORF (Nürnberg) mit einem nüchternen Blick auf die Quantität der zur Diskussion stehenden Denkmäler. In ihrer Untersuchung über den Umgang mit diesem sozialistischen Erbe im Zeitraum 1990-2010 kam sie zu dem Ergebnis, dass es in Ostdeutschland einen „Bildersturm“ nicht gegeben habe. Das vor allem durch den Film „Goodbye Lenin“ und den Abriss des großen Berliner Lenindenkmals vermittelte Bild entspräche nicht der Wirklichkeit einer massenhaften Entfernung. Sieben der von ihr untersuchten Städte hätten gar keinen Anlass für Demontagen gesehen, 20 Städte hätten nur wenige sozialistische Denkmäler entfernt, Dresden immerhin 1/4 und Schwerin sogar 3/4 der fraglichen Objekte – wobei der Gesamtbestand „fragwürdiger“ Denkmäler hier lediglich 29 gewesen sei. Jenseits der reinen Quantität gab Beiersdorf allerdings zu bedenken, dass die Entfernung eines großen Denkmals auf zentralem Platz natürlich mehr ins Gewicht falle als

die Zahl 1 verriete. Inzwischen seien jedoch sehr viele kleinere Würdigungen verschwunden. Eine weitere Form des Umgangs mit hinterfragten Denkmälern sei, den Objekten eine „Pause“ zu geben, indem man sie üppig umpflanzt oder anders temporär verhüllt. Selten hingegen fände die Neuinterpretation eines vorhandenen Denkmals statt. Als Beispiel führte sie Leipzig vor Augen, wo der DDR-Gedenkstein für die zerstörte Synagoge heute inmitten leerer Stuhlreihen steht, die den Ort der Synagoge und die verschwundenen Gläubigen neu kennzeichnen. An diese moderne Form des Erinnerns anknüpfend betonte sie, dass Denkmäler immer auch Kunstwerke seien, deren Stil und Ausdrucksform der ästhetischen Wahrnehmungsentwicklung durch die Betrachter unterliege. Ausdrucksformen, die in früheren Zeiten angemessen erschienen, wirkten heute möglicherweise ungeeignet.

HUBERT STAROSTE (Berlin) ergänzte die Erörterungen um den Blick auf den Umgang mit Denkmälern in Berlin. 1992 wurde hier auch als Reaktion auf den Abriss des großen Lenindenkmals eine Kommission zur Untersuchung des DDR-Denkmalbestands gegründet. Es stellte sich heraus, dass es sich bei der Mehrzahl der rund 400 Ehrungen um Widmungen für Personen und Ereignisse aus Zeiten vor der Gründung der DDR handelte. Diese seien zwar ideologisch einvernommen, doch könnten sie heute auch als Symbole der Ohnmacht des untergegangenen Staates DDR kritisch interpretiert werden.

DIETER HÜBENER (Zossen) beobachtete für den Umgang mit DDR-Denkmälern in Brandenburg, dass Übernahmen oder Aneignungen durch die heutige Bevölkerung dort ebenso geschähen, wie manche Versuche, Denkmäler umzuwidmen. Auf dem Land sei der Umgang mit den Monumenten oft recht pragmatisch und der Umgang der Einwohner mit den Denkmälern spiegelt eben auch deren Auseinandersetzung mit der Ära DDR.

Die abendliche Podiumsdiskussion bestätigte geradezu, was die Vorträge des Nachmittags bereits herausgearbeitet hatten. ULRICH MÄHLERT (Berlin) schien es zudem, als hätte sich der Elan der Bürger zur Umgestaltung oft schon in den etlichen Straßenumbenennungen erschöpft, die es bald nach

1990 gegeben habe. WALTRAUD KOFLER-ENGEL (Bozen) erweiterte den internationalen Blick, indem sie angab, dass es in Italien lange Zeit überhaupt keine Diskussion zur Aufarbeitung des italienischen Faschismus anhand seiner baulichen Hinterlassenschaften gegeben habe.

Zu Beginn des zweiten Tages der Tagung standen sowjetische Relikte im Zentrum: SABINE AMBROSIUS (Potsdam) referierte zum ehemaligen sowjetischen Gefängnis in der Leistikowstraße, Potsdam. Die Denkmalpflege war hier trotz großer, auch öffentlich geführter Auseinandersetzungen bei ihrer Leitlinie des Erhalts des Hauses im Bestand von 2004 geblieben.

LEO SCHMIDT (Cottbus) widmete sich den zahlreichen Panzerdenkmälern auf dem Boden der DDR. Wesentlich sei bei diesen Denkmälern, auf die Ausrichtung der Geschützrohre und die Positionierung des Fahrzeugs zu achten, denn, so Schmidt, auch Panzer hätten „eine Körpersprache“: hoch aufgerichtete Rohre symbolisierten Sieg, gerade Rohre Kampf und abwärts geneigte die Niederlage. Üblicherweise unterstütze der jeweilige Sockel die Wirkung, doch gäbe es auch einfache Denkmäler fast zu ebener Erde. Erbeutete Panzer als Siegestrophäen seien hingegen selten. Der Vorteil von Denkmälern in Form eines Panzers lag zudem in dem praktischen Nutzen, dass das Fahrzeug in der Regel aus eigener Kraft anrollen und auf seinen Sockel fahren konnte: Der Anfordernde musste nur noch den Tank entleeren und die Luken verschweißen und fertig war sein imposantes Denkmal. Einen pragmatischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit konnte auch er attestieren: In Kienitz etwa habe die Bevölkerung „ihren“ Panzer inzwischen so sehr als Teil ihrer Ortsgeschichte verinnerlicht, dass sie nicht nur zum Erhalt des Denkmals beitrug, sondern „ihren“ Panzer heute ganz zivil mit dem Vornamen des Bürgermeisters, der 1970 die Setzung des Denkmals betrieben habe, als „Emil“ bezeichnen.

Ein weiteres Beispiel erläuterte PETER LEONHARDT (Leipzig). Die Halle 12 der Leipziger Messe, ursprünglich aus den 1920er Jahren, wurde seit 1950 durch die Sowjetunion als Ausstellungshalle genutzt und mehrfach umgebaut. 2015 begannen die Bauarbeiten

zum Rückbau der Halle in den Zustand der 1920er Jahre. Der Spagat zwischen Denkmalschutz, Rückbau und Bewahrung, Mieterinteressen und Wirtschaftlichkeit sei schwierig – und der Prozess noch längst nicht abgeschlossen.

Die vorletzte Runde thematisierte die kritische Aufarbeitung am Beispiel dreier Wohnanlagen. ELKE KIMMEL (Potsdam) stellte vor, wie die ehemalige Wohnsiedlung der führenden DDR-Politiker in Wandlitz heute mit Hilfe von einigen Info-Stelen im Gelände erkennbar gemacht sei. Ergänzend zum minimalen Eingriff in die Denkmalsubstanz durch die Stelen existiere die Idee, im ehemaligen Wohnhaus Walter Ulbrichts langfristig eine Dauerausstellung anzusiedeln. Erst seit Juni 2017 stehe die Waldsiedlung Wandlitz übrigens unter Denkmalschutz.

ILONA ROHOWSKI (Zossen) erläuterte die schwierige Situation zweier ehemaliger Kadenschmieden aus DDR-Zeit: Während die Pionierrepublik am Werbellinsee heute einigermaßen erfolgreich touristisch genutzt werde, verfielen die seit 1998 leer stehende FDJ-Hochschule am Bogensee. Ebenfalls aus der Sicht der Denkmalpflege referierte RUTH KLAUN (Zossen) über eine hingegen erfolgreiche Weiternutzung der Wohnsubstanz in der sozialistischen Musterstadt Eisenhüttenstadt. Um gegen Leerstand und Verfall Abhilfe zu schaffen, entschloss man sich neben der Bewahrung der Substanz und des städtebaulichen Zusammenhangs auch zu innovativen Veränderungen. Das Engagement aller Verantwortlichen und die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt habe dazu beigetragen, den Kraftakt zu meistern.

Das letzte Panel der Tagung widmete sich schließlich Denkmälern als Kunstobjekten. KATJA PROTTE (Dresden) verwies darauf, dass die Nationale Volksarmee der DDR ein großer Auftraggeber für Kunstobjekte gewesen sei. Einen Teil der Bestände stelle das Bundeswehrmuseum heute anderen Museen zur Verfügung. Inzwischen garantiere man für ihren Erhalt, sodass die früheren Denkmäler und Objekte auch in Zukunft den künstlerischen Umgang mit diesen Objekten über Macht und Gewalt ermöglichen.

BETTINA GNEKOW (Schwerin) erläuterte eine schwierige Situation in Stralsund, wo ein

Friedhof für ursprünglich 30 gefallene sowjetische Soldaten nicht nur unmittelbar vor dem Eingang der Marienkirche angelegt, sondern inzwischen mehrfach verändert wurde. Vor allem der zentrale Obelisk aus Granit werde von vielen heute nur als störendes Beiwerk empfunden. Die politische Absicht der sowjetischen Führung, durch den Obelisk den Blick auf die Kirche und den ungehinderten Zugang zur Kirche zu erschweren, sei eindeutig. „Der Klotz muss weg“, brachte Gnekow die Stimmung in der Bevölkerung auf den Punkt. Der Denkmalschutz hingegen tendiere dazu, alles zu belassen, da die Anlage Zeugnis ihrer Zeit sei.

Ebenfalls aus Sicht der Denkmalpflege steuerte JÖRG KIRCHNER (Schwerin) das letzte Beispiel zum Umgang mit Denkmälern aus der Zeit der DDR bei: Er berichtete vom erfolgreichen Verbleib einer Leninfigur in Schwerin. 1985 sei die Plastik von einem estnischen Künstler für das Neubauviertel Schwerin-Dreesch errichtet worden. Der Denkmalwert der Statue, so Kirchner, sei schon daher anzunehmen, weil es sich bei ihr um ein originäres Kunstwerk handle und der Bildhauer von damals ein heute international anerkannter Künstler sei. Zum anderen sei es das einzige heute noch existierende Lenin-Denkmal am ursprünglichen Standort.

JÜRGEN DANYEL (Potsdam) sprach für die Veranstalter das kurze Schlusswort, indem er sich erfreut über den konstruktiven Dialog zwischen Historikern und Denkmalschützern zeigte. Einige Mythen hätten auf dieser Tagung entzaubert werden können und allein die Fülle des hier vermittelten Wissens und die Breite der Themen mache Lust auf mehr. Ein Tagungsband solle folgen. Da auch alle Rahmenbedingungen zu dieser Tagung stimmten, die Moderatoren sich angenehm kurz hielten, kein einziger Redner abgesagt hatte und stets Zeit für vertiefende Diskussionen und kulinarisch bestückte Pausen war, war die Tagung in toto ein nicht nur höchst lehrreiches, sondern angenehmes Ereignis.

Durch das mobile Radio-Studio „Das Kongressradio“ stehen alle Beiträge und die Diskussionen unter <http://www.kongressradio.de> zum Nachhören und Nachsehen zur Verfügung.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Ralf F. Hartmann (Kulturamt Spandau)

Reiner Walleser (Abteilungsleiter Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg)

Gerhard Hanke (Bezirksstadtrat für Wirtschaftsförderung, Soziales, Weiterbildung und Kultur, Bezirksamt Spandau)

Panel: Denkmäler und Denkmale im In- und Ausland

Moderation: Irmgard Zündorf (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

Thomas Drachenberg (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Zossen): Denkmale aus der DDR auf der brandenburgischen Landesdenkmalliste – haben wir heute ein Realitätsproblem?

Jürgen Danyel (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam): Kommunistische Denkmäler heute

Krzysztof Ruchniewicz (Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław): Der polnische Umgang mit den kommunistischen Hinterlassenschaften

Panel: Abgeräumt, vergessen, wiederentdeckt: Politische Denkmäler nach 1990

Moderation: David Johst (Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg)

Leonie Beiersdorf (Germanisches Nationalmuseum Nürnberg): Der Umgang mit dem Denkmalerbe der DDR nach 1990

Hubert Staroste (ehem. Landesdenkmalamt Berlin): Berlin (Ost) – Hauptstadt der DDR, ein schwieriges Erbe?

Dieter Hübener (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Zossen): Einmal Denkmal – immer Denkmal? Politische Denkmale und ihre Neubewertung nach 1990 in Brandenburg

Podiumsdiskussion: Die Denkmäler des Kommunismus als Herausforderung für die Denkmalpflege

Moderation: Jürgen Danyel (Potsdam)

Ulrich Mählert (Berlin)

Thomas Drachenberg (Zossen)

Waltraud Kofler-Engl (Bozen)

Andrea Theissen (Berlin)

Panel: Konservieren, popularisieren und umbewerten?

Moderation: Thomas Drachenberg

Sabine Ambrosius (Untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam): Konservierung ohne Restaurierung? Zum geisteswissenschaftlichen Diskurs von Denkmälern mit Quellencharakter am Beispiel des Gefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam

Leo Schmidt (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg): Panzerdenkmale: Narrative und Motivationen

Peter Leonhardt (Amt für Bauordnung und Denkmalpflege Leipzig): Der sowjetische Pavillon auf der Technischen Messe in Leipzig. Geschichte – Denkmalwert – Perspektive

Panel: Neue Denkmalsetzung als kritische Aufarbeitung

Moderation: Irmgard Zündorf

Elke Kimmel (Berlin): Denkmalschutz für „Volvograd“?: Der künftige Umgang mit der Waldsiedlung Wandlitz

Ilona Rohowski (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Zossen): Die FDJ-Hochschule am Bogensee und die Pionierrepublik am Werbellinsee: Ehemals zwei Kaderschmieden der SED – heute zwei sinnfällige Lernorte für junge Menschen

Ruth Klawun (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Zossen): Eisenhüttenstadt, eine Planstadt nach den „16 Grundsätzen des Städtebaus“ – Erhaltung und Perspektiven

Panel: Schützen, Umsetzen oder Einlagern – Denkmäler als Kunstobjekte

Moderation: Jürgen Danyel

Katja Protte (Militärhistorisches Museum, Dresden): Mauerspringer. Großplastik der

DDR im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr

Bettina Gnekow (Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Landesdenkmalpflege, Schwerin): Provokation – Akzeptanz – Neuinterpretation. Vom schwierigen Umgang mit dem Sowjetischen Ehrenmal vor der Marienkirche Stralsund.

Jörg Kirchner (Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Landesdenkmalpflege, Schwerin): Einer steht noch! Der deutsch-estnische Lenin in Schwerin von 1985 als Kunstwerk und Denkmal.

Tagungsbericht *Kommunismus unter Denkmalschutz? Denkmalpflege als historische Aufklärung*. 26.10.2017–27.10.2017, Berlin, in: H-Soz-Kult 01.12.2017.